

Bezugspreise:
für Halle monatl. bei zweimal. Zus.
Halbmonat 7.- Mfr., vierteljährl. 21.-
Mfr. u. Aufstellungsgeld, l. o. Aus-
gabenstellen abgeholt Mfr. 7.- mo-
natl., durch inf. auswärts. Zweig-
stellen bei dgl. einmal. Aufst. 6.-
Mfr. u. Beleggeld, auch die Post
monatl. 9.25 Mfr., vierteljährl. 27.75
Mfr. einchl. Aufstellungsgeld. Be-
legstellen, nehmen alle Postanstalten
an. Amtl. Zeitungsgeschäfts-
Stelle: Zeitung, für unvollständige
Eingänge. Manuskripte wird keine Ge-
währ übernommen. Rücksende nur
zu Quellenang. Einzel-Zeitung ge-
kollert. Ferner der Geschäftsstelle Nr. 1103
u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Volks-Zeitung

Funfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigepreise:
Die 8 spalten 3- bis 4 mal breite Milli-
meterzeile über dem Raum 70 Pf.
Familien u. kleine Anzeigen (private
Gegenstandsnummern) 40 Pf.
Reklamen die 92 mm breite Milli-
meterzeile 3.- Mfr. Bei Wieder-
holung Ermäßigung 11. bef. An-
zeigenebedingungen. Anzeigen neh-
men an unsere Geschäftsstellen u.
sämtliche Anzeigengeschäfte. Er-
füllungsort: Halle, Erstbeleg täg-
lich 2 mal, Sonntag und Mont-
tag 1 mal. Geschäftsleitung und
Geschäftsstelle: Halle, Neue Prome-
nade 1a, Gr. Drauhausstr. 17.
Neben-Geschäftsstelle: Markt 15.
Deutsches-Konno Leipzig Nr. 228 15.

Nr. 478.

Halle, Mittwoch, den 12. Oktober 1921.

Einzelpreis 40 Pfg.

Zur politischen Lage.

N. Die innenpolitische Lage, die sich für das Kabinett Wirth aus dem Zeitlichen um den ober-schlesischen jettigen Hapen ergeben hat, ist eine außerordentlich schwierige. Daß die Zahl der politischen Gegner Wirths durchaus nicht klein ist, haben schon die Verträge, ihn zu stützen gezeigt, die von rechts unten unternommen wurden, als es sich um die Verbreiterung der Koalition im Reich handelte. Die Gegner Wirths gegen Wirth gründet sich weniger auf eine innenpolitische Haltung, als vielmehr auf sein die ganze Politik der gegenwärtigen Regierung beherrschendes Reparationsprogramm. Der „gute Wille“ zur Reparation, den das Ausland bei allen bisherigen Kabinetten ver-mißte, wird ihm gerade von seinen Gegnern herdrückt. Wirth hat seine Politik außenpolitisch orientiert, und er bedarf daher notwendig einer gewissen Unterstützung von außen, wenn er sich seinen Gegnern im Innern gegen-über behaupten will.

Diese Unterstützung fehlt ihm jedoch fast vollkommen. Frankreich erklärte zwar aus dem Munde seines Minister-präsidenten, daß es „Vertrauen zum Kabinett Wirth“ habe, aber die allererwarteten Folgen daraus zu ziehen, nämlich dafür Sorge zu tragen, daß durch die französische Politik keine Ereignisse herbeigeführt werden, die diesen Kabinett verhängnisvoll werden müssen, ver-mag anscheinend niemand in Frankreich zu ziehen. Ob Englands Einfluß anreizen wird, um in Frankreich noch in zweifelhafte Stunde der Einsicht zum Siege zu ver-fahren, ist leider mehr als fraglich. Wenn auch Lloyd George erklärt hat, daß er der verhängnisvollen fran-zösischen Politik mehr als bisher entgegenzutreten gewillt sei, so wäre es doch verfehlt, große Hoffnungen auf ein Eingreifen Englands zu setzen. Lloyd George hatte vor der Konferenz von London auch Hoffnungen in Deutschland geweckt, die nachher schwer enttäuscht worden sind und zum Sturze der damaligen Regierung Fehrenbach-Simons führten. Das Ultimatum der Entente wurde dann nach den schwierigen Beratungen im Reichstag schließlich von dem Kabinett Wirth, dem Kabinett der Erfüllung, angenommen. Dieses Kabinett hat sich inzwischen — und das wird auch vom Ausland anerkannt — alle eidentliche Mühe gegeben, um die damals übernommenen Verpflich-tungen zu erfüllen. Es ist vorbehaltlos und ohne Hinter-gedanken an die Riesenaufgabe der Reparation herange-tritten und hat der Entente geleistet, was ihm ein zweites Kabinett sobald nicht wieder leisten wird. Wenn die Ent-scheidung über Oberschlesien zu einem neuen Reichsbruch und zu einer abermaligen Vergewaltigung Deutschlands wird, dann wird der ehrliebe Reparationswille auch in den Kreisen erlahmen, die bisher mit allen Kräften bei der Arbeit gewesen sind, um das Kabinett Wirth zu stützen und sein Programm durchzuführen.

So liegen die Dinge zur Stunde. Noch ist alles im Fluß und eine endgültige Entscheidung nicht getroffen, aber auf allen Seiten wird eifrig gearbeitet, um den Gang der Ereignisse zu beeinflussen. Das Kabinett hat als wichtigsten politischen Schritt durch den deutschen Botschafter in London bei der englischen Regierung noch einmal nachdrücklich darauf hinweisen lassen, daß eine für Deutschland ungünstige Entscheidung über Oberschlesien notwendiger-weise zu innenpolitischen Folgen führen muß, von denen auch eine Milderung unserer Außenpolitik abhängen würde, die nicht im Sinne der Entente liegt. Ob diesem Schritt ein Erfolg beschieden sein wird, kann man nicht einmal vermuten. Daß die Aussichten dafür gering sind, ist schon oben ausgeführt worden.

Unter den Parteien sind es besonders die Oppositions-parteien, die eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet haben und diese schwache Stunde der Regierung benutzen wollen, um ihr den Todesstoß zu versetzen. Die Häupten des poli-tischen Schicksals, die Extrimen von Rechts und Links, halten die Stunde für geeignet, um ihre Reute in Sicherheit zu bringen. Sollten die Berichte, die schon jetzt von einem abermaligen Unfall Lloyd Georges zu berichten wissen, recht behalten, dann dürfte ihre Arbeit nicht vergeblich gewesen sein.

Die Teilung Oberschlesiens beschlossen?

Rücktritt der Reichsregierung bevorstehend. — Die Industrie will die Kredite verweigern. — Kundgebungen der ober-schlesischen Parteien.

Der Teilungsplan des Völkerbundes.

Genf, 12. Okt. Wenn man den hier vorliegenden natürlich rein privaten Informationen Glauben schenken kann, dann kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß der Völkerbundrat tatsächlich die Teilung Ober-schlesiens, und zwar auch des Industriegebietes, be-schlossen hat. Neben die dem Obersten Rat vorzuliegende Grenzlinie ist naturgemäß nicht Sicheres und nichts Un-gültiges zu erfahren. In Kreisen, die dem Völkerbund nahe stehen, verlautet aber mit Bestimmtheit, daß die Grenze ein Kompromiß zwischen den beiden Grenzlinien darstellt. Danach sollen an Polen fallen: Rybnitz, Pleß, der in den Kreis Pleß hinein-eingrängende Südpfeil des Kreisesschindenburg, Rattowitz Stadt und Land, der Ostteil des Kreisfreies Reichen ohne die Stadt und Teile der Kreis Tarnobrzeg und Lublitz ohne die Städte. Was die rein deutsche Stadt Königsgrün betrifft, so wird von einer für die Polen günstigen Lösung ge-sprochen.

Neben den Bestimmungen über die neue Grenze soll das Gutachten des Völkerbundesrats eine Anzahl teilweise sehr verwickelter Bestimmungen enthalten über technische und wirtschaftliche Fragen, deren redaktionelle Ausar-beitung auf große Schwierigkeiten läuft. Von den Wirt-schaftsfragen des Völkerbundesrats wird jede weitere Auskunft über die Grenzlinie verweigert.

Der Rat, so heißt es, erklärt: Der Rat befaßt sich heute mit folgenden Spezialfragen: 1. Wie soll das Währungsproblem in dem autonomisierten Mittel-gebiet reguliert werden? Hierüber ist noch keine Einigung erzielt worden; 2. Polen soll die Eisenbahnverwal-tung (!) übertragen werden; 3. die militärische Befahung in dem Mittelbezirk soll ganz erheblich vermindert werden und die Verkleinerung soll Polen zur Last fallen. Die oberste Instanz in dem autonomisierten Mittelbezirk wird ein Interdiktoriales Komitee sein, das unter Völker-bundskontrolle gestellt werden wird. Es wird, wie ich weiter erfahre, noch Verhandlungen mit bestimmten Instanzen im Gebiete, die ich einstweilen nicht nennen möchte, um für die deutsche Arbeiterschaft in dem autonomisierten und in dem Polen zugewiesenen Bezirk sogenannte Sicherheiten in sozialpolitischer Hinsicht zu schaffen.

Beratungen des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett ist gestern Abend nach kurzer Sitzung wieder auseinandergegangen, da ihm achtstündige Nachrichten über das Schicksal Oberschlesiens nicht vorliegen. Das Kabinett trat heute vormittag 9 Uhr zu einer neuen Sitzung zusammen.

Die von einem Teil der Minister vertretene Ansicht, daß man noch bevor eine offizielle Nachricht über die Genfer Entscheidung vorliegt, einen Rücktrittsbefehl für den Fall der Teilung des ober-schlesischen Industriegebietes solle, ist nicht durchgedrungen. Von Seiten der Sozial-demokraten wird ebenso wie von Kreisen, die dem Reichs-langler nahe stehen, vor Ueberstürzung gewarnt. Die Mei-nungen in der Zentrumskolonie zur Frage des Regie-rungsrücktritts sind noch nicht geklärt. Jedenfalls scheint man heute mehr gewillt zu sein als gestern, zunächst genaue Nachrichten über den Genfer Schiedsspruch abzuwarten. Das Kabinett ist am 12. Uhr mittags zu einer zweiten Sitzung zusammengetreten.

Der Reichstag wird, wenn sich die bisherigen Meldun-gen über das traurige Schicksal Oberschlesiens bestätigen sollten, baldigst einberufen werden. Im Kabinettsrat liegen dem Vernehmen nach keine authentischen Nachrichten über den in Genf über das Schicksal Oberschlesiens gefällten Schiedsspruch vor. Im Gegenteil glaubt man in wohl-informierten Kreisen, daß die Entscheidung sich noch einige Tage hinausziehen dürfte.

Die Sitzung des Reichstags voraussichtlich für auswärtsige Angelegenheiten, die für heute vormittag an-beraumt war, ist abgefallen, was, da wie die Blätter annehmen, die Regierung noch nicht in der Lage ist, positive Mitteilungen über das ober-schlesische Problem zu machen.

Ein letzter Versuch.

Paris, 12. Okt. Zum Beschuß des deutschen Bot-schafters bei Briand meldet „Havas“ nach: Der deutsche Botschafter soll beim Ministerpräsidenten einen letzten Ver-such gemacht haben, die Schwierigkeiten darzulegen, die im Falle einer ungünstigen Lösung der ober-schlesischen Frage entstehen würden. Eine derartige Lösung würde nicht nur schwere wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen, sondern auch einen politischen Rückschlag, der inlande wäre, den Sturz des Kabinetts Wirth hervorgerufen. Es ist doch, sagt „Havas“, unangebracht, daß jeder allerletzte Ueberlegungs-versuch ohne Wirkung sein wird, denn die alliierten Regie-rungen werden an ihrer Entscheidung festhalten, die Teilung anzuerkennen, die der Völkerbundrat empfiehlt.

Lloyd George fällt um.

Paris, 12. Okt. (Sig. Drahtnachricht.) Wie „Reit Parisien“ aus London meldet, soll Lloyd George dem deutschen Botschafter Scharner kurz und bündig erklärt haben, daß die englische Regierung die Entscheidung des Völkerbundes raten wird und es für sie in dieser Angelegenheit nur die einzige Aufgabe gebe, die vollständige Ausführung der getroffenen Entscheidung im vollen Einverständnis mit ihren Alliierten zu gewährleisten.

Kundgebung der ober-schlesischen Demokraten.

Rattowitz, 12. Okt. Die deutschdemokratische Partei Oberschlesiens fand am den Reichsstanzer folgendes Tele-gramm:

Die unkontrollierbaren aber bestimmt lautenden Presse-nachrichten über den Vorfall der Sachverständigen des Völkerbundesrats in der ober-schlesischen Frage veranlassen uns, die Reichsregierung noch einmal in letzter Stunde unsere Auf-fassung darzulegen. Die große Mehrheit der Bevölkerung Oberschlesiens entschied sich bei der Abstimmung für ein Ver-bleiben bei Deutschland. Die Nichtbeachtung des Willens der Mehrheit würde den einfachsten Begriffen über das Selbst-justizverbrechen und dem Sinne des Friedensvertrages wider-sprechen. Der Plan der Schaffung eines unter polnischer Souveränität stehenden aber wirtschaftlich autonomen Gebietes ist der klarste Beweis für die tatsächliche Unteilbarkeit Oberschlesiens aus wirtschaftlichen Gründen. Die Verabschie-dung des Polen zugewiesenen Gebietes soll durch Deutschland erpalten werden. Ein solcher Vorfall kann nur bei der Mehrheit entpringen, Deutschland unter allen Umständen an der Wiedervereinigung zu verhindern. Die deutschdemokratische Partei weiß, daß mit der Unterdrückung unter dem Ultimatum vom Mai dieses Jahres dem deutschen Volk schwere Wunden aufgedrückt worden sind. Sie weiß aber auch, daß es un-möglich ist, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn die bisherigen Feinde die wirtschaftliche und politische Verwundung Deutschlands planmäßig weiterbetreiben, obgleich die deutsche Regierung die eingegangenen Verpflichtungen bis ins Letzte erfüllt, wird der Sachverständigenvorfall zur Lastoche, so fordern wir von der Reichsregierung in vollster Erkenntnis der für die abzutretenden Gebiete erscheinenden Folgen die unbedingte Wahrung der Anerkennung der ge-planten rechtlich und verurteilten Lösung. Wir bitten um seine deutsche Regierung vorzulegen, die diesen offensenden Reichsbruch anerkennen würde. Wenn der Völkerbund das Recht bezeugen will, dann muß er allein die Verantwortung für die Vernichtung der kulturellen, sozialökonomischen und wirtschaftlichen Werte Oberschlesiens tragen, die einzig und allein Deutschland zu verdanken sind. (S. B. (92) 1115)

Auch alle anderen Parteien haben der Regierung in gleichem Sinne ihre Stellungnahme geäußert.

Der Vorstand der SPD wurde von den ober-schlesischen Genossen erlucht, die sozialdemokratischen Mitglieder der deutschen Reichsregierung bei einer ungünstigen Entschieden-gung in der ober-schlesischen Frage zum Austritt aus dem Kabinett aufzufordern.

Der Deutsche Ausschuss für Oberschlesien in Rattowitz erwartet in einem Telegramm an den Reichs-langler, daß die Reichsregierung alle Konsequenzen ziehe, ohne Rücksicht darauf, ob dem Einzelnen im Abstimmungs-gebiet wieder schwere Tage bevorstünden. In der Kund-ggebung heißt es u. a.:

Wir würden es nicht mehr verstehen, wenn diesem neuen Reichsbruch gegenüber die Reichsregierung nicht alle Konsequenzen ziehen würde. Es erscheint uns völlig aus-geschlossen, daß die Reichsregierung einem dem Willen des Völkerbundesrats nachgeben könnte, dem Wechselbe-gaben man uns mit dem autonomen Wirtschaftsbereich oder ähnlichem unterzujehen gedenkt, daß die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands Leben einzuhauchen. Wenn der Völkerbundrat nicht wagen will, Recht Recht bezeugen zu lassen, so müssen wir es von uns weisen, Gegenstand unserer Experimente zu sein. Wir fordern unter Rech!

Erhöhte Truppenbereitschaft in Oberschlesien

Paris, 11. Okt. Wie der „Matin“ meldet, haben die Truppenkommandanten in Oberschlesien die Anwei-sung ihrer Regierung erhalten, sämtliche Truppenkontin-gente vom Mittelweg an in erhöhter Bereitschaft zu halten. Vom Tage der Entscheidung der ober-schlesischen Frage durch den Völkerbundrat ab wird über Oberschlesien der höchste Belagerungsstand herbeigeführt werden, um etwaige Un-zugriffe im Reime zu verhindern.

